

"Warum sieht in Europa niemand auf den Sudan?"

Ein Gespräch mit dem Bischof von El Obeid über die Lage der Menschenrechte im Sudan

Nach der fast einstimmigen UNO-Vollversammlung am 18.12.1992 verurteilte Mitte März 1993 die UN-Menschenrechtskommission in Genf die Regierung von Sudan mit 35 Stimmen zu 9 bei 8 Enthaltung wegen fortgesetzter Menschenrechtsverletzungen und beschloß die Einsetzung eines Sonderberichterstatters. Zu den Zeugen, die von der Kommission gehört wurden, zählte auch Bischof Macram Max Gassis von El Obeid im Zentrum von Sudan. Wenige Tage später weilte er auf Einladung von Dechant Ferdy Fischer in Luxemburg. Bei dieser Gelegenheit besuchte er auch die "forum"-Redaktion.

"forum": Herr Bischof, was führte Sie nach Luxemburg?

Bischof Macram Max Gassis: Ich trage die hohe Verantwortung, für das leidende Volk von Sudan in Europa die Stimme zu erheben. Ich richte einen Appell an vier wichtige Segmente der internationalen Gemeinschaft: an meine Brüder im Bischofsamt, an die Regierungen, an die Nicht-Regierungsorganisationen und an die Presse.

Wo immer ich hinkomme, suche ich Kontakt mit dem Präsidenten der Bischofskonferenz oder mit deren verantwortlichen Bischof für Menschenrechtsfragen oder für Medien, damit jede Bischofskonferenz imstande ist, ihr eigenes Volk für die sudanesischen Probleme zu sensibilisieren. Mir scheint nämlich, daß die meisten Menschen in Europa schlecht oder überhaupt nicht über die Lage in Sudan informiert sind. Das ist sicher auch unser eigener Fehler. Wir haben zu lange eine falsche Analyse der Lage vermittelt, als ginge es nur um einen christlichen Südsudan, der vom moslemischen Norden unterdrückt würde. Das ist aber falsch und irreführend und ungerecht gegenüber zahlreichen anderen Teilen der Bevölkerung des Sudans, die unter denselben Menschenrechtsverletzungen leiden.

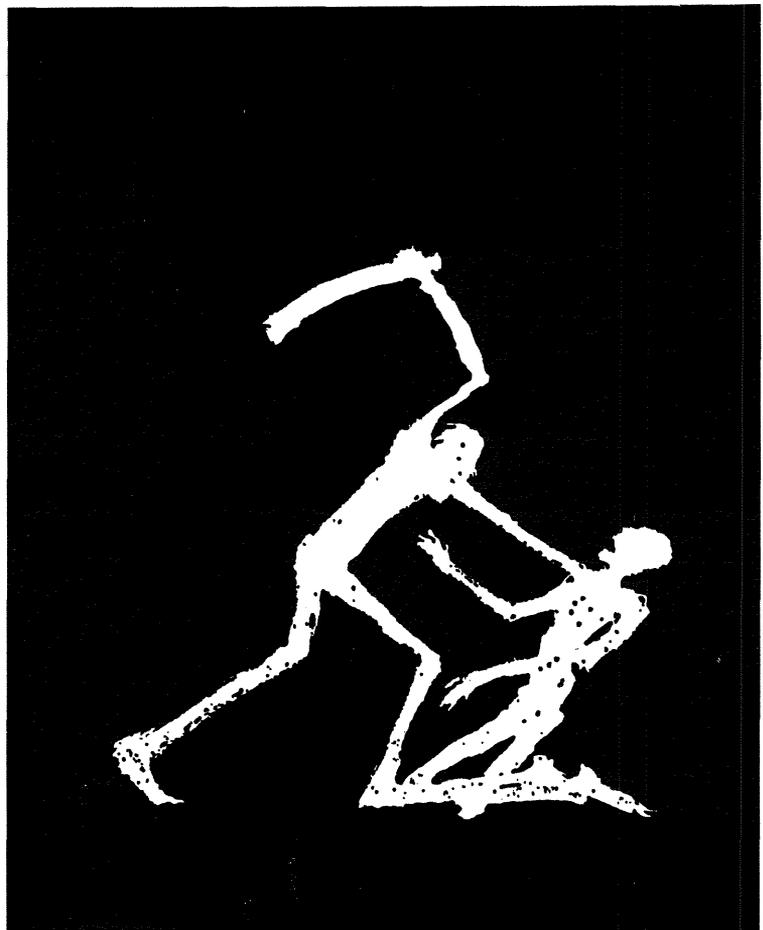
In Südsudan leben nicht nur Schwarze, Schwarze leben auch nicht nur in Südsudan. Sie alle leiden aber unter Völkermord. Mein Ziel ist es, diese Fehlinformation richtigzustellen und die christlichen Gemeinschaften zu sensibilisieren:

1. Im Sudan geht es nicht um einen Glaubenskrieg zwischen einem muslimischen Norden und einem christlichen und animistischen Süden. Im Süden gibt es auch Mohammedaner, die verfolgt werden. 2. Auch moslemische Schwarze werden nicht gleich behandelt wie arabische Moslems, sie gelten als Mohammedaner zweiter Klasse. 3. Selbst im Norden akzeptieren viele Mohammedaner den Fundamentalismus nicht und werden deswegen ins Gefängnis ge-

worfen und gefoltert. Viele von ihnen suchen Zuflucht in Ägypten, in GB oder in den USA.

Zweitens möchte ich mich mit den Regierungen ins Gespräch kommen. Es ist sinnlos, daß die europäischen Regierungen krampfhaft nach gesetzlichen Mitteln suchen, um Flüchtlinge aus ihren Ländern herauszuhalten, wenn sie nicht helfen, die Ursachen der Flucht dieser Menschen zu beseitigen. Gesetze werden Menschen, die um ihr Leben bangen müssen, nicht davon abhalten, nach Luxemburg oder

Behrendt
in: Publik-Forum



Ursache des Konflikts ist nicht der Islam. Ursache ist, daß eine kleine Minderheit unter dem Deckmantel des Islams die politische und wirtschaftliche Macht für sich nutzt.

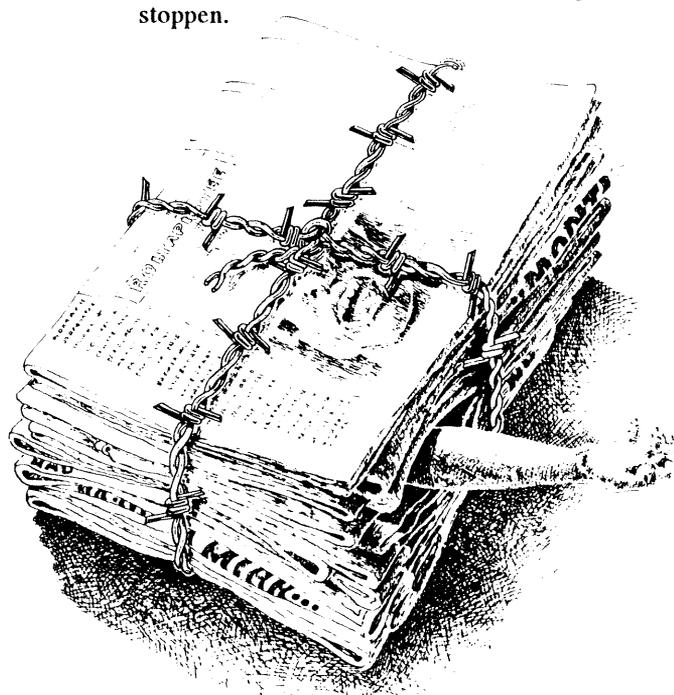
Deutschland oder Italien zu kommen. Ziel der europäischen Regierungen muß es sein, Zustände zu schaffen, daß die Menschen nicht flüchten müssen, denn sie werden in Sudan gebraucht. Flüchtlinge sind ja in erster Linie die gebildeten Bürger, Ärzte, Anwälte, Ingenieure, Techniker, dann auch junge Männer, auf der Suche nach Arbeit und Bildung. Zurück bleiben die Frauen, die Alten, die Kinder.

Die europäischen Regierungen müssen den UNO-Sicherheitsrat alarmieren, damit endlich internationaler Druck auf die sudanesishe Regierung ausgeübt wird. Ich verlange nicht, daß die UNO militärisch eingreift, aber sie soll die sudanesishe Regierung zwingen, Korridore für die Hilfsorganisationen offenzubehalten, damit diese den Armen ihre Hilfe zukommen lassen können. Der Sicherheitsrat muß auch die Waffenlieferungen nach Sudan unterbinden: 1992 lieferte der Iran für 600 Millionen Dollar (z. T. chinesische) Waffen an den Sudan.

Mit den Fundamentalisten in der Regierung ist kein Dialog möglich. Wahrheit, Aufrichtigkeit, Toleranz sind Begriffe, die in deren Vokabular fehlen. Da hilft nur internationaler Druck.

Drittens wende ich mich an die Nicht-Regierungsorganisationen (ONG). Sie sind stärker als die Regierungen zugunsten der leidenden Menschen in Sudan engagiert. Sie müssen Druck ausüben, damit der Sudan international isoliert wird. Sie müssen helfen, die wirtschaftliche Beziehungen von Industriestaaten mit dem Militärregime offenzulegen.

Schließlich wende ich mich an die Presse in Europa. Ich verstehe nicht, warum sie so langsam, so zögerlich über die Lage im Sudan informiert. Sie hat ultrarapide und ausführlich über den Golfkrieg berichtet, über Somalia, über den Bosnienkonflikt, aber die Lage in Sudan ist viel schlimmer! *The silence of the media is killing*. Die Presse hat eine große Verantwortung für die Bewußtseinsbildung. Sie muß Druck auf die Regierungen ausüben. Nur so wird sie dazu beitragen, im Endeffekt die Flüchtlingswelle zu stoppen.



"forum": Sie betonten, daß es im Sudan nicht um einen Konflikt zwischen Islam und Christentum geht.

Bischof Gassis: In der Presse wurde viel zu lange, und wird heute noch, geschrieben, im Sudan geschehe eine religiöse Verfolgung durch den Islam. Das ist falsch. Wahre Muslime sind nämlich genauso erschrocken über die Entwicklung im Sudan. Ursache des Konflikts ist nicht der Islam. Ursache ist, daß eine kleine Minderheit unter dem Deckmantel des Islams die politische und wirtschaftliche Macht für sich nutzt. Der islamische Fundamentalismus ist kein Glauben, sondern eine politische Ideologie. Diese Gefahr droht heute schon in Ägypten, in Algerien, in Marokko, in Saudiarabien, in Tunesien, morgen in Uganda, in Kenia, in Tansania, in Somalia, in Äthiopien. Religion als ideologisches Zement ist eine größere Gefahr als der Kommunismus, der gottlos war. Das ungebildete Volk fürchtet nichts mehr als die Strafen Allahs oder irgendeines Gottes: diese Angst und diese Unwissenheit werden von den Fundamentalisten ausgenutzt. Die Kirche leidet unter dieser neuen Ideologie, nicht unter dem Islam. Es ist kein Glaubenskrieg. Die Kirche und die europäischen Regierungen waren bislang viel zu lau in ihren Reaktionen. Sie sind sich offenbar der Gefahren gar nicht bewußt, die von diesem Fundamentalismus ausgehen.

Es ist daher äußerst wichtig, mit dem Islam in einen Dialog einzutreten, um ihn besser kennenzulernen, um zu lernen, diesen Glauben vom Fundamentalismus zu unterscheiden. Die katholische Bildungsarbeit muß unbedingt die Information über den Islam in ihren Unterricht aufnehmen. Angst vor dem Islam kommt nur von der Unkenntnis, mit der wir dieser Religionsgemeinschaft begegnen.

Auch in dieser Sache muß die Presse Aufklärung betreiben. Warum gibt es ethnische Konflikte? Warum gibt es Flüchtlinge? Welche Antworten hat die Luxemburger Regierung darauf parat? Das muß die Presse ihren Lesern und Zuhörern sagen. Diese Frage sind ja keine internen Probleme mehr. Sobald Menschenrechte verletzt werden, muß jeder Mensch sich betroffen fühlen.

"forum": Wer sind denn die Machthaber, die den Fundamentalismus verbreiten? Wer profitiert von dieser neuen Ideologie?

Bischof Gassis: Die Machthaber haben eine neue Kaste gebildet, die politischen wie wirtschaftlichen Nutzen aus der Macht ziehen. Wie im Iran. Nutznießer sind nicht die Mollahs, nicht die Gläubigen.

Als 1989 die jetzige Regierung durch einen Militärputsch die Macht eroberte, waren das keine Vertreter des Volkes. Vorher gab es eine Demokratie im Sudan, die sicher nicht perfekt war, aber zumindest gab es ansatzweise demokratische Strukturen. Seit Juni 1989 gibt es Ausgangssperre, Pressezensur, keine Reisefreiheit mehr, Folterungen, ... Die Regierung kann überhaupt keine Legitimität für sich beanspruchen. Und doch werden ihre Botschafter von den europäischen Regierungen akkreditiert. Das muß aufhören. Demgegenüber werden die Anhänger der "Sudan People's Liberation Army" (SPLA) als Rebellen hingestellt. Das sind sie auch, aber sie vertreten das Volk, gegen die sog. Regierung.

"forum": Wie steht denn die Kirche zur SPLA?

Bischof Gassis: Die Menschenrechte werden vom illegitimen Regime verletzt. Es ist Aufgabe der Kirche, die Menschenrechte zu verteidigen, denn es sind Naturrechte, göttliche Rechte. Wenn die Identität der Menschen als Afrikaner, als Christen, als Frauen, als Kinder verletzt wird, wenn Frauen vergewaltigt und Kinder als Sklaven verschleppt werden, wenn den Bauern das Land geraubt wird, dann müssen die Menschen kämpfen, um zu überleben. Ob sie dabei auch Waffengewalt einsetzen, ist ihre eigene Entscheidung. Die Kirche ist nie für den bewaffneten Kampf eingetreten, sie hat immer nur die Menschenrechte verteidigt. Die Wahl der Mittel ist die freie Entscheidung der Opfer.

"forum": Am 10.2.1993 weilte Papst Johannes Paul II. für neun Stunden in Khartoum. Welche Wirkung zugunsten eines internationalen Drucks auf das Unrechtsregime hatte dieser Papstbesuch?

Bischof Gassis: Jeder sudanesischer Christ würde sich freuen, den Papst in seinem Land empfangen zu können. Die Frage ist nur: War das der geeignete Zeitpunkt? Die internationale Gemeinschaft hatte endlich begonnen, Maßnahmen gegen das Regime zu ergreifen. Der Papstbesuch könnte nun gesehen werden, als würde er dem Regime die Gelegenheit geben, ihn als moralische Unterstützung auszulegen. Daß diese Befürchtungen nicht aus der Luft gegriffen waren, zeigt das Auftreten des Regierungsvertreters aus dem Sudan vor der UN-Menschenrechtskonferenz am 18.2.1993. Er erdreistete sich zu behaupten: "... His Holiness, the Pope, ... witnessed during his last visit to the Sudan the tolerance of the Sudanese people and their respect for all religious beliefs without exception and the peaceful co-existence ethnic and religious between the people of the Sudan during the last decade. Nevertheless, some foreign media reflected the Papal visit in negative terms thereby defeating its full purpose and the meaningfulness of that visit."

Die katholischen Bischöfe aus den von der SPLA befreiten Gebieten begegneten den Papst in Gulu in Nord-Uganda und überbrachten ihm einen Brief¹, den auch ihre protestantischen Brüder mitunterzeichnet hatten. Sie sagten ihm: "Wenn Sie in Khartoum sind, wird man einen roten Teppich zur Begrüßung auslegen, und Sie werden viele feierliche Reden von den höchsten Autoritäten der Khartoumer Regierung hören. ... Wenn diese Leute in Khartoum Ihre Hände schütteln, sollten Sie wissen, Heiliger Vater, daß Sie Hände schütteln, an denen das Blut sudanesischer Christen klebt."

In meiner Intervention vor der UN-Menschenrechtskommission in Genf, Anfang dieses Monats, stellte ich klar: "Der Besuch des Papstes war pastoraler Natur: Er kam, um mit seinen leidenden Kindern zu beten, ihnen Mut zuzusprechen, weil viele den Mut verloren hatten, weil die internationale Gemeinschaft ihren Klagen nicht den gebührenden Vorrang zuerkannte." Er kam nicht um der Regierung irgendeine Legitimität zuzusprechen. Leider kam der Papst nicht in den Süden des Landes, wo die Menschen am meisten zu leiden haben. Der Papstbesuch hatte den Vorteil, das Interesse der Massenmedien endlich auf den Sudan zu lenken.

Aber der von den Medien ausgehende Druck ist sehr schnell abgeflaut, im Gegensatz zu Somalia oder Bosnien oder ... Es gab kein "follow up". Daher reise ich durch Europa, damit der Papstbesuch besser verstanden wird, bleibende Wirkung erzielt.

"forum": Sie sprachen in Luxemburg mit dem Außenminister, mit dem Erzbischof. Welchen Eindruck tragen Sie davon?

Bischof Gassis: Ich habe den Eindruck, der Außenminister und sein Direktor für politische Angelegenheiten kennen die Lage im Sudan sehr gut. Sie haben verstanden, um was es geht. Sie sind sich bewußt, daß Luxemburg nicht Mitglied des Sicherheitsrats ist. Aber ich bin überzeugt, Luxemburg kann eine sehr wichtige Rolle spielen. Im Fußballspiel braucht man nicht nur Stürmer, die Tore schießen, sondern auch Feldspieler, die Torchancen herausspielen. Wegen seiner Größe kann Luxemburg eine Katalysatorrolle spielen bei internationalen Versammlungen, damit Sudan zum Gesprächsthema wird, z. B. im Europaparlament. Damit Europa eine gemeinsame Haltung gegenüber dem sudanesischen Regime einnimmt. Damit nicht öffentlich die Menschenrechtsverletzungen beklagt werden und die Großen weiterhin unterm Tisch mit ihm technologisch und wirtschaftlich zusammenarbeiten. Die Isolation muß total sein. In dieser Hinsicht kann Luxemburg sicher eine Rolle spielen.

Zweitens sprach der Minister offen die Bedeutung der Medien an. Er ermutigte mich, unbedingt mit der Presse zu reden. Wenn die Medien die Öffentlichkeit sensibilisiert haben, ist es viel leichter für die Regierung, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Dann wird auch das Parlament reagieren und die Minister zur Verantwortung ziehen.

Und der Minister bat mich, ihn zu informieren. Das hat mich sehr gefreut. Ich bin gern bereit, zurückzukommen und den Außenminister - und alle interessierten Politiker - über die Vorgänge im Sudan zu informieren. Wir Kirchenvertreter erfahren ja besser, was in den Provinzen Sudans los ist, als die offiziellen Diplomaten. Wir kommen an Informationen, an die kein Politiker rankommt, weil wir an der Basis arbeiten, weit weg von Khartoum, wohin kein Diplomatenauge reicht.

"forum": Und wie verliefen Ihre Kontakte mit der Luxemburger Kirche?

Bischof Gassis: Ich sah heute den Erzbischof. Er versicherte mir, daß er an dem Thema dran bleiben werde und auch mit dem Außenminister in Kontakt bleiben werde. Er wird sicher auch das Thema vor der Europäischen Bischofskonferenz zur Sprache bringen. Ich habe das schon mit deren Präsidenten Kardinal Martini (Mailand) besprochen, aber es ist besser, wenn die Frage von mehreren Seiten aufgeworfen wird.

"forum": Herr Bischof, ich bedanke mich sehr herzlich.

Bischof Gassis: Ich habe mich zu bedanken.

Das Gespräch wurde am 27.3.1993 von Michel Pauly aufgezeichnet.

¹Text in: Weltkirche, 13 (1993), Heft 1, S. 13f.

Es ist äußerst wichtig, mit dem Islam in einen Dialog einzutreten, um ihn besser kennenzulernen, um zu lernen, diesen Glauben vom Fundamentalismus zu unterscheiden.